Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 50 Mk. mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 187. Dienstag den 6. Juli 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen des Einlegens von Gasröhren wird die **Nürnberger Straße** auf der Strecke von der Johannisgasse, einschließlich der Kreuzung bis zum Johannisplatze von **Montag, den 5. d. M. ab** auf die Dauer der etwa 14 Tage beanspruchenden Arbeiten **für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 2. Juli 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.

IX. 6962. Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die Pflasterung verschiedener **Droschkenhaltestellen** mit bossirten Steinen I. Classe und mit Schlackengußsteinen soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Pflasterung von Droschkenhaltestellen"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 15. Juli 1886 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, alle Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 30. Juni 1886.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 2365. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Das für **Martha Mosinska** aus Kruzen von der dortigen Polizeiverwaltung unterm 22. März d. Js. ausgestellte Dienstbuch ist vor Kurzem in hiesiger Stadt abhanden gekommen und im Auffindungsfalle anher abzuliefern.

Leipzig, am 1. Juli 1886.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Faldy.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden hier erstatteter Anzeige zufolge:

1) eine verschlossene **Sammelbüchse** von Zinkblech mit einem nicht zu bestimmenden **Geldbetrage**, von dem nach der Ritterstraße zu gelegenen Süd-Eingange der Nicolai-Kirche, am 27. vor. Mts. Vormittags;

2) ein **Frauen-Regenmantel** von schwarzem glatten Stoff, Kragen, Brust und Aermelaufschläge, mit schwarzer Spitze besetzt, aus einer Wohnung in Nr. 1 der Windmühlengasse, am 27. vor. Mts.;

3) **2 Trauringe**, einer „J. K." gezeichnet, ein **Ring** mit Granaten, ein **Ring** mit 3 weißen Steinen, ein **Kreuz** mit weißen Steinen, ein goldener **Ohrring** mit schwarzer Emaille, eine goldene **Nadel** mit schwarzer Emaille, ein kleines goldenes **Medaillon**, eine goldene **Brosche**, eine **Granatnadel** in Gold gefaßt, ein Paar **Granat-Ohrringe**, ein **Armband** in Schlangenform mit goldenem Kopf, aus einer Wohnung in Nr. 25 der Hohen Straße, seit 18. Mai dss. Js.;

4) ein 4rädriger ungestrichener **Handwagen** mit Leitern und Kasten-Aufsatz und der Firma „W. Becker", aus einer Gartenabtheilung am Windmühlenweg, vom 1. bis 2. dss. Mts. Nachts;

5) ein schwarzer, steifer, blangefütterter **Filzhut**, aus einem Gastlocale in Nr. 4 der Großen Fleischergasse, vom 28. bis 29. vor. Mts.;

6) ein neuer schwarzer **Filzhut**, mit rothseidenem Futter, mit Leschings Firma, aus einem Gastlocale in Nr. 9 der Gerberstraße, am 2. dss. Mts. Mittags;

7) ein kleiner schwarzer **Filzhut**, Ala gefüttert, mit der Firma eines Weimarer Hoflieferanten, aus einem Gastlocale in Nr. 12 des Peterssteinwegs, vom 1. bis 2. dss. Mts. Nachts.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 5. Juli 1886.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dr. G.

Aufforderung,

betreffend die Rechte der Absender von Eisenbahn-Gütern, den Weg vorzuschreiben.

Durch Beschluß des Bundesrathes ist seit Mitte April vor. J. das frühere Recht der Absender von Eisenbahn-Gütern, den Transportweg vorzuschreiben, ungeachtet vielseitiger Gegenvorstellungen aus dem Handelsstande, aufgehoben worden; seit dem 1. Februar d. J. ist das Verbot zwar für den Eilgut-Verkehr und für einige besondere Zweige des Verkehres wieder beseitigt worden, in der Hauptsache aber besteht es noch fort. Die Handels- und Gewerbekammer zu Plauen hat sich nun in einer ausführlichen Eingabe an den Bundesrath für Wiederherstellung des Rechtes der Absender für die Wahl des Transportweges für Güterversendungen aller Art verwendet und uns zum Anschluß aufgefordert. Der Verkehrs-Ausschuß ist sachlich einverstanden und empfiehlt den Anschluß unter der Voraussetzung, daß noch neue Thatsachen aus den Erfahrungen des diesseitigen Bezirkes beigebracht werden können, welche das Gesuch zu unterstützen geeignet sind. An die Kaufleute und Fabrikanten unseres Bezirkes richten wir deshalb die Aufforderung, uns ihre Wünsche und Erfahrungen in dieser Hinsicht baldmöglichst und längstens

bis zum 10. d. M.

schriftlich mittheilen zu wollen.

Leipzig, den 5. Juli 1886.

Die Handelskammer.
Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Seyfel, S.

Offenes Bürgermeisteramt.

In Folge Weggangs des Unterzeichneten wird das hiesige Bürgermeisteramt, zu dessen Uebernahme die Befähigung zum selbstständigen Richteramt erforderlich ist, frei und soll baldigst wieder besetzt werden.

Die Wahl des Bürgermeisters erfolgt zunächst auf 6 Jahre. Die Wiederwahl, welche auch schon vor Ablauf von 6 Jahren erfolgen kann, begründet Anstellung auf Lebenszeit. Der Anfangsgehalt beträgt, einschließlich der Entschädigung für Verwaltung des Standesamtes, 4500 ℳ. Nach der Wiederwahl, gleichviel ob dieselbe erst nach 6 Jahren oder schon früher erfolgt, erhält der Bürgermeister eine 1. Zulage von 450 ℳ und nach Ablauf von 6 Jahren nach der Wiederwahl eine weitere Zulage von 450 ℳ. Der volle Gehalt ist pensionsfähiges Einkommen.

Geeignete Bewerber werden ersucht, ihre Anmeldungen nebst Zeugnissen bis spätestens

15. dieses Monats

anher gelangen zu lassen.

Falkenstein i. V., 2. Juli 1886.

Der Stadtrath.
Schiffner, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 28. Juni bis zum 4. Juli dieses Jahres im Argandbrenner bei 50 Millimeter Flammenhöhe, 2,5 Millimeter Druck und 140 Litern stündlichem Consum das 17.43fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0.417.

Leipzig, am 5. Juli 1886.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Nichtamtlicher Theil.

Der Reichstag und die Parteien.

* Am Schlusse einer arbeitsreichen parlamentarischen Session, wie die eben abgelaufene unzweifelhaft war, pflegen die üblichen Rückblicke, die journalistischen Aufnahmen der politischen Inventur die Aufstellung der parlamentarischen Bilanz in den Organen aller Parteien nicht auszubleiben. Meistentheils enthalten diese retrospectiven Betrachtungen nicht mehr als eine mehr oder minder geschickte Zusammenstellung der verschiedenen Berathungsgegenstände der abgelaufenen Parlamentssession, worin sich, je nach dem Parteistandpunct, Anschuldigungen auf die gegnerischen Parteien, Vertheidigungsversuche der eigenen Gesinnungsgenossen knüpfen. Die übliche Hoffnungssymphonie, daß unter einem veränderten Regiment und einer künftigen gesinnungsverwandten Majorität die öffentlichen Angelegenheiten viel besser geführt werden, bildet den schwungvollen und den Leser befriedigenden Schluß dieser nach stereotypem Muster gearbeiteten „Rückblicke".

Ein weitschauender politischer Geist wird sein Urtheil durch solche Momentsaufnahmen der politischen Situation nicht allzu sehr beeinflussen lassen. Er wird immer die speciellen legislatorischen Ergebnisse, mögen sie positiver oder negativer Natur sein, nur als eine nothwendige Folge der politischen Parteiverhältnisse ansehen können und wenn er an irgend einem Zeitabschnitt das Bedürfniß fühlt, sich Rechenschaft zu geben über das bereits Erreichte und in Zukunft noch zu Erreichende, so wird er sein Augenmerk weniger auf das Schicksal einzelner Vorlagen und Anträge, als auf die Constellation der gesammten Parteiverhältnisse richten, um daraus seine Schlüsse zu ziehen, um danach sein Verhalten in der Zukunft zu regeln. Der gegenwärtige Augenblick ist einem solchen Beginnen nicht ungünstig. Dieses Jahr ist ein von Wahlen nicht belastetes. Was heute in ruhigem Erwägen gelagt wird, ist unbeeinflußt von den Leidenschaften und taktischen Rücksichten, denen sich in Zeiten einer erregten Wahlbewegung auch Derjenige nur sehr schwer zu entziehen vermag, der gewohnt und bestrebt ist, seinem Urtheil in allen Fällen die möglichste Objectivität zu wahren. Die gewissermaßen kältere und leidenschaftslosere Temperatur der Parteikämpfe in diesem Jahre ließ uns auch beim Beginne der abgelaufenen Parlamentssession die an und für sich nicht unberechtigte Hoffnung aussprechen, daß dieselbe eine erwünschte Klärung der Parteiverhältnisse, welche viel zu wünschen übrig lassen, bringen werde. In wie weit wir diesem Ziele jetzt näher gekommen sind — das zu prüfen ist eine Aufgabe, welcher wir uns nicht entziehen dürfen. Im Großen und Ganzen können wir unser Urtheil dahin zusammenfassen, daß wir einige Schritte vorwärts gegangen sind, ohne daß sich unsere Wünsche und Hoffnungen vollkommen realisirt haben. Es ist ein berechtigter Egoismus, wenn wir bei der Prüfung im Einzelnen die Parteien aus dem nationalliberalen Gesichtswinkel ansehen, d. h. in ihrem Verhältniß zu unserer eigenen Politik, zu den Principien, welche wir stets vertreten. Dabei werden wir doch objectiv das Verhältniß der übrigen Parteien untereinander würdigen können und von selbst wird sich bei einer solchen Gruppirung die Stellung der verschiedenen Parteien zur Regierung ergeben.

Derjenige Factor, welcher das größte Hinderniß einer gesunden Majoritätsbildung im deutschen Reichstage seit der Gründung des Reiches bildete, ist das Centrum. Durch die Unterordnung aller politischen Ziele und Strebungen unter den alleinigen kirchenpolitischen Zweck, durch die den Ausschlag gebende numerische Stärke des Centrums in allen Fragen, hatte eine von Nebenrücksichten freie innere deutsche Politik so lange keine Aussicht auf Erfolg, als der kirchenpolitische Kampf nicht auf die eine oder andere Weise zu Ende gebracht war. Wir haben schwere Bedenken gegen den Weg, welchen die Regierung in der letzten Periode zu diesem Zweck eingeschlagen hat, aber wir müssen das Factum anerkennen, daß jetzt die Opposition des Centrums keine so principielle und ausnahmslose mehr ist, wie früher. Wir können nicht übersehen, daß in der Anerkennung und Ausübung der Anzeigepflicht die römische Hierarchie eine den berechtigten Ansprüchen des Staates entgegenkommende Praxis eingeführt hat und daß auch in rein nationalen Fragen die Haltung des römischen Klerus eine minder schroffe geworden ist. Wir rechnen unter diese Rubrik beispielsweise die neuliche Verfügung des neuen Erzbischofs von Posen, nach welcher aus dem erzbischöflichen Ordinariate alle Schriftstücke in derjenigen Sprache beantwortet werden sollen, in welcher sie dort eingehen, damit ist in einer der früheren Ledochowski'schen Praxis widersprechenden Weise die Parität der deutschen mit der polnischen Sprache in der Posener Diöcese und in dem officiellen geistlichen Verkehr anerkannt. Der Erzbischof von Posen gerirt sich damit auch als der geistliche Oberhirt deutscher Diöcesanen, nicht nur als Primas von Polen. Wenn wir so bereitwillig zugeben, daß die schroffe Kluft, welche früher das Centrum von den reichsfreundlichen Parteien trennte, eine etwas weniger tiefe geworden ist, so sind wir doch auf der anderen Seite ebenso weit davon entfernt, uns allzu sanguinischen Hoffnungen auf die Reichsfreundlichkeit der Partei Windthorst hinzugeben. Unser Mißtrauen ist noch immer sehr lebhaft und sehr begründet. Noch können wir in dem Gebahren der klerikalen Partei weiter nichts erblicken, als eine Bethätigung der vulgären Lebensregel: Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. An großen, wirklich entscheidenden, jedes Mißtrauen ausschließenden Thaten nationaler Politik hat es das Centrum trotz der großen, seinen kirchenpolitischen Ansprüchen gemachten Concessionen der Staatsregierung noch immer fehlen lassen, und wir hegen starken Zweifel, ob es sich zu solchen in Zukunft wird bereit finden lassen. Die Klärung ist in dieser Hinsicht noch der Zukunft vorbehalten.

Natürlich wollen die extremen Conservativen, die Herren von Hammerstein, Kleist-Retzow, Stöcker, von einer solchen besonnenen, abwartenden Haltung dem Centrum gegenüber nichts wissen. An die alten Traditionen einer conservativ-ultramontanen Allianz anknüpfend, wollten sie sofort nach dem Friedensschlusse mit Rom dem Centrum in die Arme fallen und glaubten den Zeitpunct gekommen, um mit dessen Hilfe ihre hierarchischen Gelüste auch in der evangelischen Kirche zur Geltung bringen zu können. Das klägliche Schicksal ihrer bezüglichen Anträge im preußischen Landtage, die schneidende Abfertigung, welche den reactionairen Heißsporren sowohl von der Regierung, wie von den gemäßigten Conservativen durch den Mund des Abgeordneten von Rauchhaupt zu Theil wurde, hat zu unserer Befriedigung gezeigt, daß die junkerlich-pietistische Speculation eine verfehlte war. Das wagehalsige Vorgehen jener extremen Clique hat wenigstens den Vortheil gehabt, das grundsätzliche Einverständniß des größten Theiles der Conservativen mit den Mittelparteien außer allem Zweifel zu stellen.

Das enge freundschaftliche Verhältniß, welches von früher her die nationalliberale Partei mit der freiconservativen verband, hat auch in der letzten Session nicht nur durch einmüthiges Zusammenwirken im Parlament, sondern auch durch verschiedene Vorgänge im Lande, so durch den Delegiertentag beider Parteien in der Rheinprovinz eine erfreuliche Festigung erfahren. Die weitere Pflege dieses gedeihlichen Parteiverhältnisses wird Aufgabe aller besonnenen national gesinnten Politiker sein müssen.

Den Deutschfreisinnigen gegenüber, welche noch immer mit dem oppositionellen Centrum coquettiren, haben sich unsere Beziehungen nicht gebessert. Die Schuld dafür trifft nicht die nationalliberale Partei, sondern sie ist zu suchen in der Verblendung der Führer der deutschfreisinnigen Partei, welche in einer rücksichtslosen Opposition das einzige Arcanum jedes politischen Erfolges, den alleinigen Beweis liberaler Gesinnung sieht, so daß selbst von ihnen die jetzige correcte Handhabung des Socialistengesetzes, welche das gesunde öffentliche Leben von der Giftpflanze hetzender Agitation befreit, bekämpft wird. Nicht einmal in dem gemeinsamen Kampfe aller Ordnungsparteien gegen die Socialdemokratie können wir uns auf die Bundesgenossenschaft der Deutschfreisinnigen verlassen. Dieser große politische Mißgriff wird sich für Diejenigen, die ihn begehen, sicher immer schwerer rächen. Unter solchen Umständen ist die nationalliberale Partei darauf angewiesen, in enger Fühlung mit der freiconservativen Partei weiter und weiter an der Gesundung unserer inneren politischen Verhältnisse zu arbeiten und sowohl nach rechts, als nach links ihrer großen Aufgabe als Mittelpartei eingedenk zu bleiben.

Leipzig, 6. Juli 1886.

* Bei der ablehnenden Abstimmung des Bundesraths über die Berliner Industrie-Ausstellung hatte sich Preußen, wie der „Nationalzeitung" mitgetheilt wird, neutral verhalten und erklärt, seine Stellung von der Majorität abhängig machen zu wollen.

* Die von der „Kreuz-Zeitung" lange erwartete Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über den v. Hammerstein'schen Antrag ist nun erfolgt. Sie lautet:

„Wie unsere Leser wissen, haben wir uns von vornherein gegen die nochmals durch die Einbringung des v. Hammerstein'schen Antrages zur Ausführung gebrachte Absicht erklärt, den preußischen Landtag mit einer neuen kirchenpolitischen Frage zu befassen, nachdem soeben erst die Differenzen, deren Rückwirkung dem politischen Leben seit einem Decennium fühlbar geworden, zum Ausgleich gekommen waren. Wir begründeten unser Bedenken sowohl aus politischen wie aus confessionellen Erwägungen, und wir können jetzt wohl sagen, daß der Verlauf der Dinge im Abgeordnetenhause wie im Herrenhause unser Bedenken gerechtfertigt hat, wenngleich dort durch die Haltung der Majorität, hier durch die Zurückhaltung der Regierung die aufregende Discussion erspart wurde. Der Antrag von Hammerstein konnte als Fractionsantrag nur in einer Form eingebracht werden, welche weit zurückblieb gegen die Ansprüche Derer, die den Impuls gegeben hatten; und bei seiner Befürwortung im Abgeordnetenhause zeigte sich, daß selbst die Mitunterzeichner nicht einen und denselben Standpunct einnahmen, während das Schicksal, welches die Majorität dem Antrag bereitete, keinen Zweifel darüber ließ, daß die Applicationen, welchen der Antrag Bahn brechen sollte, keine Aussicht haben, die legislatorische Unterstützung zu finden, deren sie verfassungsmäßig bedürfen. Allerdings wissen wir wohl, daß die parlamentarische Constellation der Gegenwart nicht maßgebend für die Zukunft ist. Aber wenn die Freunde des von Hammerstein'schen Antrages an die Zukunft appelliren, um sich dem Vorwurfe der Inopportunität, welcher von vornherein gegen ihr Vorgehen erhoben wurde, zu entziehen, so würden sie jedenfalls nachzuweisen haben, daß von der Stimmung im Lande demnächst ein Druck zu erwarten sei, welcher einen Wandel der Majorität bewirkt. Wir unserestheils haben freilich uns nicht überzeugen können, daß eine solche Stimmung vorhanden ist; wohl aber, daß nicht blos der Nationalismus, sondern auch die auf dem Boden des Evangeliums stehende Glaubensinnigkeit und Zuversicht sich mit Organisationen nicht befreunden will, welche leicht in Gefahr kommen, sich selbst Zweck zu sein, wenngleich man augenblicklich bescheiden genug ist, die geplante kirchliche Organisation gerade mit aus Rücksicht auf die wirksame Unterstützung, welche sie dem Staate zu gewähren im Stande sein würde, zu empfehlen. Wir bleiben nach wie vor der Ueberzeugung, daß der Antrag inopportun in Rücksicht auf den Zweck und noch mehr in Rücksicht auf die politische Wirkung war; denn leider muß constatirt werden, daß, wenn jener nicht erreicht worden, diese nicht ausgeblieben ist. Ein Blick auf die Organe der verschiedenen Parteien genügt, um sich zu überzeugen, eine wie tiefe Mißstimmung erzeugt worden ist, welche die Parteien, die zu vertrauensvoller Mitarbeit an den Zwecken nationaler Politik berufen sind, in Positionen gedrängt hat, die nicht ohne wechselseitigen Widerspruch und Vorwurf behauptet werden können."

* * *

* Das leitende Wiener Blatt, die „Neue Freie Presse", wirft gelegentlich des zwanzigjährigen Gedenktages der Schlacht von Königgrätz einen Rückblick auf die damalige Lage. Das Blatt schreibt:

Zwanzig Jahre sind heute seit der unheilvollen Schlacht von Königgrätz verflossen, und dieser Gedenktag möge den Anlaß bieten, um eine kleine, aber bedeutungsvolle Episode zu erwähnen, die sich wenige Tage nach der Katastrophe von Königgrätz zutrug und die bisher nur in sehr intimen Kreisen bekannt sein dürfte. Unmittelbar nach der Schlacht von Custozza war der ungarische Reichstag vertagt worden, welcher sich den Wünschen des Grafen Belcredi und der Altconservativen nichts weniger als gefügig erwiesen hatte. Im Gegentheil, Franz Deak hatte den Altconservativen Schlappe auf Schlappe beigebracht, und die Partei, welche an der Sistirung der Februar-Verfassung so werkthätig mitgearbeitet, hatte bereits aufgehört, in Ungarn politisch zu zählen. Nach der Schlacht von Königgrätz tauchte jedoch der Gedanke auf, durch eine denkbar rascheste Durchführung des Ausgleiches mit Ungarn die Fortsetzung des Krieges gegen Preußen zu ermöglichen. Der Kaiser sprach den Wunsch aus, mit Franz Deak Rücksprache zu nehmen. Durch einen Vertrauensmann der Krone wurde der alte Herr von dem Wunsche des Kaisers in telegraphischem Wege benachrichtigt, und er erklärte sofort seine Bereitwilligkeit, dem Rufe Folge zu leisten. Zum ersten Male wieder seit 1861 machte sich Franz Deak auf den Weg nach Wien. Es war der Wunsch des Kaisers, daß über die Berufung Deak's das tiefste Stillschweigen beobachtet werde. Franz Deak reiste daher mit der Südbahn nach Wien, stieg in Meidling ab und quartierte sich im „Hasen"-Wirthshause in Meidling ein, wo er sich als Dr. Ferenczy aus Pest ins Fremdenbuch eintrug. Unter dem Vorwande, daß er von der Reise zu ermüdet sei, zog sich Deak sofort auf sein Zimmer zurück, welches er am selben Tage nicht mehr verließ. In den Abendstunden empfing er den Besuch jenes Vertrauensmannes, der bei seiner Berufung intervenirt hatte. Deak hatte es sich ausgebeten, daß er zu einer möglichst frühen Tagesstunde vom Kaiser empfangen werde, damit er Wien bald wieder verlassen könne. Um 4 Uhr Morgens des darauffolgenden Tages wurde Deak durch einen Fiaker abgeholt und ins Schönbrunner Schloß zur Audienz gebracht. Die Details der denkwürdigen Unterredung zwischen dem Kaiser und Franz Deak entziehen sich selbst heute noch der Publication. Den Ausgangspunct des Gespräches bildete die Frage, ob Ungarn bereit sei, zur Fortsetzung des Krieges die nöthigen patriotischen Opfer zu bringen, falls die in dem Elaborate der Fünfzehner-Commission — welches im Großen und Ganzen den später vollzogenen Ausgleich in sich schloß — enthaltenen Forderungen bewilligt würden. Franz Deak widerrieth zwar die Fortsetzung des Krieges, aber seine Darstellung der ungarischen Verhältnisse und Ausgleichsforderungen übte auf den Kaiser einen so nachhaltigen Eindruck, daß Deak noch in dieser Audienz dem Monarchen vorschlagen konnte, die Ansichten des Grafen Julius Andrassy zu vernehmen und die Aufmerksamkeit des Kaisers auf diesen Staatsmann, als auf die geeignetste Persönlichkeit, lenken durfte, welche mit der Bildung des ungarischen Ministeriums betraut werden könnte. Am selben Tage reiste Deak nach Pest zurück, wenige Tage später wurde Graf Julius Andrassy an das kaiserliche Hoflager berufen. Der Krieg wurde nicht fortgesetzt, die Audienz, welche Franz Deak in den ersten Julitagen beim Kaiser hatte, ist grundlegend für den Ausgleich und für die dualistische Gestaltung der Monarchie geworden.

* Officiös wird aus St. Petersburg gemeldet, daß die Stimmung in Regierungskreisen einen Umschwung zu Ungunsten des Grafen von Paris erfahren hat. Der Officiöse schreibt in der „Politischen Correspondenz":

Das Manifest des Grafen hat in Petersburg einen wenig günstigen Eindruck hervorgebracht. Wenn man bis zu einem gewissen Grade begreifen konnte, daß der Graf von Paris sich in seinem Patriotismus, in seiner Selbstliebe und in seiner persönlichen Würde durch eine allem Anscheine nach unverdiente, willkürliche Maßregel verletzt fühlte, so muß man es um so mehr bedauern, daß er durch seine Kundgebung das Vorgehen der französischen Regierung gleichsam nachträglich rechtfertigt. Eine politische Persönlichkeit von der Bedeutung des Grafen von Paris schuldet es der Sache selbst, die er vertritt, sich selbst consequenter zu bleiben und mit seinen früheren Erklärungen nicht in Widerspruch zu gerathen, namentlich wenn die Zukunft dieser Sache gerade nicht von der ihm zu Gebote stehenden materiellen Kraft, sondern vielmehr von dem größeren oder geringeren moralischen Ansehen abhängt, das er in der öffentlichen Meinung genießt. Man hätte es in Petersburg gerne gesehen, wenn er eine würdigere Haltung beobachtet und sich schweigend zurückgezogen hätte; er hätte auf diese Weise bei den Volksmassen einen viel mächtigeren Eindruck hervorgebracht als mit den leeren Erklärungen seines Manifestes, und er hätte sich dadurch alle Vortheile der Rolle eines schweigenden Prätendenten auf den Thron Frankreichs gewahrt, ohne sich die Nachtheile der Verschwörerrolle zuzuziehen, die er in gewissen Sinne übernommen hat. Der Enkel Louis Philipp's schuldete es den Traditionen seiner Familie, den Ruf des französischen Volkes abzuwarten, wenn die monarchische Restauration eines Tages möglich geworden wäre; statt dessen hat er selbst sich dem französischen Volke angetragen und sich dadurch, wie die „Now. Wremja" treffend bemerkte, verurtheilt, vollständig das Erbe des Grafen Chambord zu übernehmen und in irgend einer ausländischen „Residenz" die Rolle des „Königs im Exil" zu spielen. . . . . Bezüglich des Gerüchtes, wonach der Graf von Paris beabsichtige, in der nächsten Zeit eine Reise durch Europa zu unternehmen und im Verlaufe derselben den bedeutendsten Höfen Besuche abzustatten, muß betont werden, daß diese Versuche, vorausgesetzt, daß der Graf von Paris sich in der That mit einem solchen Plane trägt, im Hinblick auf das Manifest des Grafen sehr angelegen kämen und die Höfe, welche den Besuch des Grafen erhalten würden, nur in Verlegenheit setzen könnten. Wäre das Manifest nicht erschienen, so hätte man dem Grafen von Paris, als einem durch die Willkür der radicalen Partei in Frankreich verbannten Fürsten, den wohlwollendsten Empfang bereiten können, ohne daß derselbe einen andern Charakter als den einfacher, freier und gastfreundlicher Gastfreundschaft gehabt hätte; unter den gegenwärtigen Umständen jedoch würde ein solcher Empfang eine Demonstration zu Gunsten eines Prätendenten sein.

* In türkischen Kreisen wird, wie die „Politische Correspondenz" aus Konstantinopel meldet, die bulgarische Frage als eine Frage der künftigen Beziehungen zwischen der Türkei und Rußland aufgefaßt. Jeder Schritt, welchen die Pforte in dieser Angelegenheit unternimmt, wird daher unter diesem Gesichtspuncte mit der größten Vorsicht geprüft. Die hiesige russische Botschaft hat der Pforte wiederholt und zuletzt in sehr eindringlicher Weise nahegelegt, daß sie mit Rücksicht auf die Nichtachtung der Conferenzbeschlüsse des Fürsten Alexander, der denselben in offenkundiger Weise zuwiderhandle, ihn in seine Schranken zurückweisen möge. Die Pforte kann nicht umhin, die Richtigkeit der russischen Vorstellungen anzuerkennen, ist aber trotzdem fest entschlossen, von ihrer bisher gegenüber Bulgarien beobachteten wohlwollenden und verständlichen Haltung nicht abzuweichen. Sie wird sich daher begnügen, in einem Circulare an ihre diplomatischen Vertreter im Auslande die Illegalität des Vorgehens des Fürsten Alexander zu constatiren und jede Verantwortung für die dadurch geschaffenen Zustände abzulehnen, ohne indeß daran weitere Conclusionen zu knüpfen. Dem Standpunkte, den die russische Regierung einnimmt, kann, wenn man die von der letzten Conferenz geschaffene Rechtsbasis ins Auge faßt, die Berechtigung nicht abgesprochen werden; derselbe verliert jedoch in den Augen der türkischen Regierung dadurch an Gewicht, daß dieselbe in Erfahrung gebracht haben will, daß russische Agenten, wenn auch gewiß nicht im Auftrage ihrer Regierung, fortwährend der bulgarischen Bevölkerung, namentlich in Ostrumelien, vorreden, daß Rußland ihnen eine vollständige Union und noch außerdem eine Gebietsvergrößerung verschaffen werde, wenn nur Fürst Alexander verdrängt wird. Dies ist der eigentliche Grund, warum die Türkei der bulgarischen Regierung gegenüber so große Nachsicht, ja Wohlwollen bekundet, denn, wenn sie auch nichts weniger als zufrieden ist mit der Ungenirtheit, mit der sich Fürst Alexander über alle Rechtsbedenken hinweggesetzt hat, so ist sie sich doch vollkommen darüber klar, daß die Wiederherstellung des russischen Einflusses in Bulgarien jedenfalls noch viel größere Gefahren für das Reich im Gefolge haben würde. Diese Erkenntniß, oder richtiger, dieses instinctive Gefühl beherrscht auch die volksthümlichen türkischen Kreise, welche, während ehemals der Name Bulgare als ein Schimpfwort gebraucht wurde, jetzt freundschaftliche Gefühle für die Bulgaren an den Tag legen. Mehr und mehr bricht